

Die Bürger ins Boot holen

Herausforderungen für die Verwaltung 2.0

„Wir wollen ein bürgerfreundliches digitales Deutschland“, so gelobt der Koalitionsvertrag der Großen Koalition. Welche konkreten Maßnahmen dieses Bekenntnis zur Digitalisierung der Verwaltung mit Leben füllen sollen, lässt er nicht unbeantwortet: ein offener Zugang zu grundsätzlich allen Verwaltungsdaten via govdata.de, ein elektronisches Bürgerkonto für die Kommunikation mit der Verwaltung, die Möglichkeit, alle wichtigen Verwaltungsleistungen online abzuwickeln sowie interaktive Online-Angebote der Bürgerbeteiligung (E-Partizipation).

Die Vorhaben zeigen: Die digitale Revolution hat die Verwaltung erfasst. Das Internet ermöglicht ungeahnte Formen der Interaktion zwischen Staat und Bürger. Die Verwaltung muss sich in einer digitalen Welt zwar nicht neu erfinden, aber ihr Selbstverständnis als digitaler Akteur definieren. Der moderne Netzbürger tritt ihr mit klarem Erwartungshorizont gegenüber: dem Wunsch nach größerer Offenheit sowie Transparenz und dem Bedürfnis, stärker direkt an der politischen Willensbildung teilzuhaben („Open Government“).

Auf allen staatlichen Ebenen entstehen gegenwärtig aufwändige E-Government-Angebote, von Anliegenmanagement-Portalen wie www.maengelmelder.giessen.de, über Geodaten- und Transparenzportale wie www.geoportal.de oder www.daten.hamburg.de, bis hin zu Mitmach- und Konsultationsportalen wie www.liquid-friesland.de. Deutschland nimmt Kurs auf die Zielkoordinaten „Transparenz, Partizipation und Kollaboration“ – den Inbegriffen einer neuen Kultur der Staatskommunikation. Die deutsche E-Government-Strategie schwimmt damit im Kielwasser der Losungen Barack Obamas: Dessen „Memorandum on Transparency and Open Government“ dient weltweit nationalen Open Government-Initiativen als Kursbuch. Doch obwohl die „MS E-Government Deutschland“ Fahrt aufnimmt, mangelt es ihr noch am



Wichtigsten: den Passagieren. Die Bürger nutzen die mit viel Engagement und Aufwand aufbereiteten Angebote weniger als erhofft. Dass die NSA-Enthüllungen das Vertrauen in den redlichen Umgang der Staaten mit Daten erschüttert haben, sorgt zusätzlich für unruhigen Seegang. Mehr denn je ist der Staat gefordert, seinen digitalen Kompass am Schutzauftrag der Integrität informationstechnischer Systeme und der Achtung der informationellen Selbstbestimmung auszurichten, ohne zugleich die Attraktivität seiner Angebote zu gefährden. Darin liegt nicht selten ein Manöver zwischen Skylla und Charybdis. Die Einbindung von Facebook oder Google Maps in behördliche Homepages oder der Einsatz von Cookies bei Online-Partizipationsportalen machen den Zwiespalt paradigmatisch deutlich. Dem Staat kommt bei seinem Verhalten im Netz eine Vorbildfunktion zu; auch im Cyberspace heiligt der gute Zweck nicht die Mittel. Erst wenn die Angebote dem Bürger überzeugenden Mehrwert versprechen, ihm andererseits aber auch einen vertrauenswürdigen und rechtlich abgesicherten Rahmen bieten, wird er am Ende sagen: „E-Government ahoi – ich komme an Bord!“

Mario Martini
ist Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Europarecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie Mitglied des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer (FÖV). Er koordiniert den am FÖV angesiedelten Forschungsverbund „Der Staat im Web 2.0 – Herausforderungen einer Collaborative Governance im 21. Jahrhundert“.

MARIO MARTINI